

VOLKSBLATT | SPLITTER

Parlament untersucht Attentate

MADRID – Das spanische Parlament hat am Donnerstag einen Untersuchungsausschuss zu den Terroranschlägen am 11. März mit 191 Toten in Madrid eingerichtet. Es ist das erste Mal, dass sich in Spanien ein Untersuchungsausschuss mit einem Terroranschlag befasst. Das Gremium soll die Hintergründe der Attentate und deren Einfluss auf die Parlamentswahlen drei Tage darauf untersuchen. Diese waren überraschend von den Sozialisten (PSOE) gewonnen worden. Der Abschlussbericht wird für Ende Juli erwartet. Der Untersuchungsausschuss wird sich auch mit angeblichen Polizeipannen im Vorfeld der Anschläge befassen. Die konservative Regierung des damaligen Ministerpräsidenten José María Aznar hatte zunächst die baskische Untergrundorganisation ETA für das Blutbad verantwortlich gemacht. (sda)

Russland will mit Europarat zusammenarbeiten

MOSKAU – Präsident Wladimir Putin hat versichert, dass Russland auch in Zukunft mit dem Europarat bei Menschenrechtsfragen zusammenarbeiten wird. Das sagte Putin am Donnerstag bei einem Treffen mit dem Menschenrechtsbeauftragten des Europarats, Alvaro Gil-Robles, auf seinem Landsitz bei Moskau. «Wir beobachten die Arbeit von Institutionen wie dem Europarat mit besonderer Aufmerksamkeit», sagte Putin. Das Gremium könne bei sensiblen Themen mit Russland zusammenarbeiten oder sogar helfen. Gil-Robles sagte, man müsse an einigen schwierigen Angelegenheiten arbeiten. Russland sei aber ein «freundliches Land», mit dem man gute Lösungen finden könne. Der Europarat hat wiederholt den Krieg in Tschetschenien und den grossen Staatseinfluss auf russische Medien kritisiert. (sda)

Kosovo-Mission verlängert

BERLIN – Der Deutsche Bundestag hat mit sehr grosser Mehrheit den Kosovo-Einsatz der Streitkräfte verlängert. Dafür stimmten 574 Abgeordnete, 7 dagegen und einer enthielt sich. Das Mandat für die Beteiligung an KFOR wäre am 11. Juni ausgelaufen. Das Parlament unterstrich zugleich die Notwendigkeit einer politischen Lösung. Aussenminister Joschka Fischer betonte, dass aber «leider» nur eine langfristige Perspektive für das Kosovo angestrebt werden könne. Es sei «irreal» zu glauben, dass es kurze Fristen für eine Lösung gebe, sagte Fischer. Solange eine Destabilisierung anderer Balkan-Länder wie Mazedonien durch solche Festlegungen nicht auszuschliessen sei, könnten keine neuen Entscheidungen für den Status des Kosovos getroffen werden. (sda)

Waffenruhe in Nadschaf

El Sadr und US-Truppen einigen sich

NADSCHAF/BAGDAD – Nach sieben Wochen heftiger Kämpfe ist in der zentrallirakischen Stadt Nadschaf erstmals wieder Ruhe eingekehrt. Der radikale Schiitenführer Muktada el Sadr und die Besatzungstruppen hatten sich zuvor auf eine Waffenruhe geeinigt.

Nach der ersten Nacht ohne Gefechte waren im Zentrum der schiitischen Pilgerstadt am Donnerstag keine bewaffneten el-Sadr-Anhänger mehr zu sehen. Dafür patrouillierten vereinzelt irakische Polizisten. Mehrere Geschäfte öffneten wieder. Die Koalition habe «versprochen», das Abkommen einzuhalten, sagte der Sicherheitsberater des irakischen Regierungsrates, Muaffak el Rubai. Seit 2.00 Uhr nachts Ortszeit (Mitternacht MESZ) ruhten die Waffen.

Kein eigentliches Abkommen

Zuvor hatte der Chef der an den Gesprächen beteiligten Organisation Islamische Aktion, Scheich Mohammed Mussawi, die Waffenruhe für Nadschaf verkündet. Ein direktes Abkommen zwischen El Sadr und den US-geführten Truppen gab es jedoch nicht. El Sadr erklärte aber in einem Brief an die Schiitenführer der Stadt, den Rubai der Nachrichtenagentur afp vorlas, die Waffenruhe solle die «tragische Situation in der heiligen Stadt Nadschaf beenden».



Der radikale Schiitenführer Muktada el Sadr und die Besatzungstruppen einigten sich auf eine Waffenruhe.

Hierzu sollten die öffentlichen Gebäude wieder den Regierungsbehörden übergeben und die «nicht aus Nadschaf stammenden Kämpfer» seiner Miliz abgezogen werden. Alle Verfahren gegen die Milizionäre der so genannten Mahdi-Armee sollten ausgesetzt werden. El Sadr forderte weiter Verhandlungen über die Zukunft seiner Miliz. Bis auf weiteres dürfe nichts gegen ihn selbst unternommen werden.

Der 25-Jährige verlangte ferner den Rückzug der US-geführten Truppen in ihre Stützpunkte. Nur kleine Einheiten sollten in der Stadt bleiben, um das Armeehauptquartier und den Gouverneurssitz zu schützen.

Koalition begrüsst Zusage

Der Sprecher der Zivilverwaltung, Dan Senor, begrüsst in Bagdad die Zusage des radikalen Predigers, seine Milizen aus der Pilger-

stadt zurückzuziehen. Senor betonte aber, el Sadr müsse seine Einheiten auflösen und sich der Justiz stellen. «Nach unseren Informationen» hätten el Sadr's Kämpfer mit der Umsetzung des Abkommens bereits begonnen, sagte er.

Die Koalition werde ihre Truppen aus Nadschaf und dem benachbarten Kufa abziehen. Die Soldaten sollten in ihren Stützpunkten, im Gouverneurssitz und dem Sitz der Koalition bleiben. (sda)

Soldaten feuern auf Demonstranten

Arbeitsministerium von Regierungsgegnern gestürmt

BEIRUT – Regierungsgegner haben am Donnerstag in der libanesischen Hauptstadt Beirut das Arbeitsministerium gestürmt. In dem Gebäude brach ein Brand aus, der von Feuerwehrleuten bekämpft wurde.

Stunden zuvor hatten libanesischen Soldaten bei Protesten gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung das Feuer auf Demonstranten eröffnet und drei von ihnen erschossen. Zwölf weitere Demonstranten wurden verletzt, wie aus Sicherheitskreisen verlautete. Die Soldaten hätten versucht, eine Menge in dem Armenviertel Haj el Sulum zu zerstreuen, die mit brennenden Reifen den Verkehr blockierte. Dabei seien



Bei Protesten gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung wurde von den Sicherheitskräften das Feuer auf Demonstranten eröffnet.

Warnschüsse abgefeuert worden, von denen etliche aber Menschen getroffen hätten. Die Soldaten seien mit Steinen beworfen worden. Der Gewerkschaftsbund hatte zuvor zu einem Streik aufgerufen, um die Regierung zur Senkung der Benzinpreise zu zwingen. Die Demonstration richtete sich auch gegen die Wirtschaftspolitik und das immense Staatsdefizit. Der Streik unterbrach den Flugverkehr auf dem internationalen Flughafen Beirut für drei Stunden. Bei einer weiteren Demonstration in der Nähe des Regierungssitzes machten 2500 Teilnehmer Ministerpräsident Hariri und Finanzminister Sanjora für die Finanzprobleme des Landes verantwortlich. (sda)

ANZEIGE

VOLKSCARD

Stummfilm

Scheherazade:
Der Sohn des Scheichs

Sa, 5. Juni 2004, 21 Uhr

Sie sparen mit der VOLKSCARD
am Montforthaus in Feldkirch

25 % Rabatt auf den Eintritt

Profitieren Sie als
-Abonnent
von Vorzugspreisen

Fahndung nach Kaplan

Europaweite Suche ausgelöst

KÖLN/BELIN – Die deutschen Sicherheitsbehörden haben eine europaweite Fahndung nach dem verschwundenen Islamistenführer Metin Kaplan ausgelöst.

Die Suche blieb aber zunächst ergebnislos. Kaplan ist seit Mittwochabend unauffindbar. Die Polizei in Köln wollte ihn zu diesem Zeitpunkt festnehmen, nachdem in zweiter Instanz ein Verwaltungsgericht die Weichen für eine Ausweisung Kaplans in sein Heimatland Türkei gestellt hatte. Der selbst ernannte «Kalif» sollte in Haft genommen werden, auch wenn noch nicht alle Rechtsfragen entschieden sind. So haben Kaplans An-

wälte einen Antrag gestellt, auf jeden Fall das Revisionsverfahren beim Bundesverwaltungsgericht vor einer Abschiebung abzuwarten. Das Verwaltungsgericht Köln hat über diesen Antrag noch nicht entschieden.

Entwischt

Einzelheiten zur Fahndung wollte die Polizei nicht mitteilen. Auch der Verfassungsschutz (Inlands-Geheimdienst) lehnte Auskünfte ab, ob Kaplan überwacht worden sei. Nach einem Medienbericht soll es eine kurze Zeitspanne zwischen dem Ende der Überwachung durch den Verfassungsschutz und dem Beginn der Observation durch die Polizei gegeben haben. (sda)

++++ Zu guter Letzt ... +++++

Mit einem Stier geht man nicht Gassi

ZAGREB – Ein 1,3 Tonnen schwerer Stier ist nach Ansicht der kroatischen Polizei kein Tier, das man wie einen Hund auf der Promenade ausführen kann. Die Poli-

zei in Split verhinderte den Auftritt des Stiers auf der Strandpromenade. Stierhalter Marko Skopljanac protestierte: «Wenn Hundebesitzer ihre Tiere hierher bringen und von der Leine lassen können, warum kann ich das nicht mit meinem 'Zeco' machen?» (sda)

